

Wichtige Wahl trotz vorhersehbarem Ergebnis

Die am 11. Oktober stattgefundenen Präsidentschaftswahlen waren das zentrale politische Ereignis in Belarus seit Jahren. Der zum fünften Mal gewählte Präsident Alexander Lukaschenko profitierte dabei von der fragilen sicherheitspolitischen Situation in Osteuropa. Nicht die Opposition, sondern die wirtschaftlichen Probleme in Belarus fordern den Präsidenten heraus. Um diese Situation zu meistern, und soziale sowie ökonomische Folgen abzufedern, sind finanzielle Hilfen aus Russland sowie vom Westen notwendig. Auch wenn die Wahlen friedlich verlaufen sind, sollte sich die EU nicht nur von rein pragmatischen Gesichtspunkten im Umgang mit Belarus leiten lassen, sondern die Gesellschaftsentwicklung im Land aufmerksam verfolgen.

Innenpolitik: Keine politische Auseinandersetzung

Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 11. Oktober 2015 waren vorhersehbar. Bedingt durch den Ukraine-Konflikt bleibt die sicherheitspolitische Situation in der Region fragil. Dies beeinflusste maßgeblich die Entscheidung der Wähler, Alexander Lukaschenko zum fünften Mal in seinem Amt zu bestätigen. Nach offiziellen Angaben wurde sein politischer Kurs mit 83,5% aller Stimmen gesichert. Außerdem war die politische Konkurrenz noch nie so zersplittert. Die Opposition konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Tatjana Korotkewitsch von der Bewegung „Sag die Wahrheit“ hatte kein traditionelles Oppositionsprofil, sie wollte die Wählerschaft zwischen den traditionellen Lukaschenko-Wählern und den Anhängern der Opposition ansprechen. Ihr langfristiges Ziel könnte es sein, für die Opposition in Belarus einen Platz im politischen System zu erkämpfen. Dennoch, mit unter 5% der offiziellen Ergebnisse fehlt es Korotkewitsch noch an politischem Profil.

Wirtschaftliche Lage die eigentliche Herausforderung

Doch nicht die Politik stellt die größte Herausforderung für Lukaschenko dar, sondern die Wirtschaftslage. Diese machte auch die Wahlkampagne 2015 aus: Nach innen wurden keine „Geschenke“ wie Lohnerhöhungen verteilt. Im Gegenteil, die sozial und wirtschaftliche Lage verschlechtert sich: die Industrieproduktion schrumpft und die Exporte fallen, die Inflation bleibt hoch, der Rubel fällt und die Reallöhne sinken. Seit Anfang des Jahres haben die Betriebe in Belarus im Durchschnitt bis zu 50% weniger Gewinn erwirtschaftet. Bis zu 20% aller Betriebe sind nicht rentabel. Prognosen zeigen, dass die belarussische Wirtschaft im laufenden Jahr zum ersten Mal seit 20 Jahren eine Rezession erleben wird, mit einem Rückgang des rea-

len BIPs um 3,5%. Darüber hinaus stecken die beiden größten Märkte für belarussische Waren – Russland und die Ukraine – weiterhin in einer schweren Krise. Das belarussische Wirtschaftsmodell geriet in seiner Abhängigkeit vom russischen Markt sowie auch deren Energielieferungen in eine Sackgasse. Wirtschaftsprobleme sind dem System in Belarus immanent. Die Lösung für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit wäre die Öffnung der Wirtschaft und der Politik. Dieser Ansatz würde zwangsläufig schwierige und unpopuläre Reformen mit sich bringen. Der moderate Wohlstand wird gegenwärtig durch Kredite und Subventionen aus Russland finanziert, die jedoch zunehmend knapper werden. Um weitere Gelder zu akquirieren erlangte deshalb die Normalisierung der Beziehungen mit der EU und den internationalen Finanzinstitutionen eine besondere Bedeutung.

Lukaschenkos Wahlkampagne

Innenpolitisches Ziel war es, eine Konsolidierung um den Präsidenten Lukaschenko vorzuweisen. Außenpolitisch sollte die Legitimität der Macht durch die internationale politische Gemeinschaft erlangt, sowie mehr Vertrauen geschaffen werden. Neben hochrangigen Diplomaten aus der EU und den USA reiste im September auch die Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) nach Minsk. Die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) wurden intensiviert, obwohl Minsk bis jetzt noch nicht genügend Fortschritte bei Reformen vorweisen konnte. Die Verhandlungen mit dem IWF vom Juli 2015 führten bisher zwar noch zu keinem neuen Programm, aber es ist zu erwarten, dass der friedliche Verlauf der Wahlen die Entscheidungen der internationalen Finanzinstitute positiv beeinflussen wird. Dies wurde auch beim jüngsten Treffen zwischen Präsident Lukaschenko und der IWF-Direktorin Lagarde angedeutet.

Im Zuge der Normalisierung der Beziehungen mit dem Westen war die Freilassung der politischen Gefangenen in Belarus am 22. August 2015 ein wichtiger Schritt. Damit wurde eine der wichtigsten Hürden für eine Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen überwunden. Der friedliche Verlauf der Wahlen ist ein Signal in alle Richtungen. Der EU sollte gezeigt werden, dass die politische Opposition in Belarus nicht konkurrenzfähig ist. Moskau wird vermittelt, dass die pro-europäischen Kräfte schwach sind und kein alternatives Konzept anbieten können. Innenpolitisch wird proklamiert,

dass Sicherheit und Stabilität höchste Priorität besitzen.

EU-Belarus Beziehungen: Liegt der Ball bei der EU?

Die Grundlage für die derzeitige Kooperation bildet das 1989 noch mit der Sowjetunion geschlossene Handels- und Kooperationsabkommen. Das 1995 verhandelte bilaterale Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) zwischen der EU und Belarus wurde nicht ratifiziert. Zwar ist Belarus Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und der Östlichen Partnerschaft der EU, jedoch nur im multilateralen Format.

Die Ergebnisse der Wahlen in Belarus stellen die EU vor Herausforderungen, nützliche Instrumente und Strategien für den Umgang mit Belarus zu finden. Lukaschenko hat angedeutet, dass die Verbesserung der bilateralen Beziehungen nun von der EU abhängt. Gleich nach den Wahlen hat die EU verkündet, dass die aufgrund der Menschenrechtsverletzungen verhängten Sanktionen gegen Belarus für vier Monate ausgesetzt werden. Dies bezieht sich auf personenbezogenen Maßnahmen und Unternehmen, nicht jedoch auf das Waffenembargo. Die Außenbeauftragte der EU Mogherini und der für die EU-Nachbarschaftspolitik verantwortliche Kommissar Hahn unterstrichen den friedlichen Verlauf der Wahlen.

Pragmatismus und Realpolitik

Strategisch kann die EU Belarus zurzeit nichts anbieten. Die durch das europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) für Belarus für den Zeitraum 2014-2020 vorgesehenen 19 Mio. EUR sind zwar für gemeinsame Projekte wichtig, lösen jedoch nicht die Strukturprobleme des Landes. Trotz wirtschaftlicher Vorteile und einer potenziellen Vertiefung der gesellschaftlichen Kooperation und Entwicklung, wird die regionale sicherheitspolitische Bedrohung die EU-Agenda gegenüber Belarus dominieren. Somit wird das Interesse der EU sein, den Status quo in Belarus zu erhalten und die Stabilität an der östlichen EU-Grenze nicht zu gefährden. In diesem Zusammenhang sollte die EU bedenken, dass Minsk nicht an einer politischen Annäherung sondern an anderen Formen der Zusammenarbeit, wie etwa an Infrastrukturinvestitionen und an wirtschaftlichen grenzüberschreitenden Kooperationen, interessiert ist.

Die EU steht letztlich vor der Entscheidung, welche Taktik im Umgang mit Minsk angebracht wäre und welche Maßnahmen in welcher Reihenfolge angewandt werden sollen. Minsk hat ein großes Interesse z.B. an einer Förderung durch die EBRD. Es wünscht sich politische Unterstützung bei Verhandlungen mit dem IWF, sowie bei den WTO-Beitrittsverhandlungen, welche bereits seit mehr als 20 Jahren laufen. Auf der anderen Seite erwartet die EU Fortschritte von Belarus

beim Mobilitätsabkommen (u.a. ein Übereinkommen über die „Abschieberegulierung für Asylsuchende“). Diese knüpft die belarussische Seite wiederum an das Aufheben der Sanktionen.

Fazit

Positiv zu bewerten ist, dass Belarus gegenwärtig eine stabilitätsorientierte makroökonomische Politik verfolgt und damit die Lohn- und Gehaltsentwicklung nicht mehr losgelöst von der Produktivität erfolgt. Fraglich bleibt, ob diese Maßnahmen als die Bereitschaft des wiedergewählten Präsidenten zu bewerten sind, umfassende wirtschaftliche Reformen einzuleiten. Denn der politische Druck auf Lukaschenko wird durch die andauernde Krise steigen und die Regierung zum Umdenken in der Wirtschaft zwingen. Die EU soll die vorhandenen Instrumente im Kultur- und Bildungsbereich, wie beispielsweise den Bologna-Prozess, intensiver nutzen, um die Gesellschaft in Belarus anzusprechen. Zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Dialogs sollten - unabhängig von politischer Konjunktur - Visaerleichterungen umgesetzt werden. Denn wie das aktuelle Beispiel der belarussischen Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch zeigt, entsteht in Belarus eine teilweise kontroverse Dynamik der Gesellschaftsentwicklung. Die EU sollte diesen Prozess nicht vernachlässigen.

Autorin

Maria Davydchyk, davydchyk@dgap.org

Dr. Maria Davydchyk ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Hinweis: Der Text gibt die Meinung der Autorin wieder, die nicht notwendigerweise mit der Einschätzung des German Economic Teams übereinstimmen muss.

German Economic Team Belarus (GET Belarus)

GET Belarus führt seit 2003 einen wirtschaftspolitischen Dialog mit reformorientierten Entscheidungsträgern der belarussischen Regierung. Es wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Robert Kirchner

Impressum

German Economic Team Belarus
c/o BE Berlin Economics GmbH
Schillerstraße 59, D-10627 Berlin
Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
info@get-belarus.de
www.get-belarus.de